

Angus Deaton: Der Große Ausbruch. Von Armut und Wohlstand der Nationen. Klett-Cotta, Stuttgart 2017. Aus dem Englischen von Thorsten Schmidt und Stephan Gebauer. 460 Seiten, geb. m. SU, ISBN 978-3-608-94911-7. € 26,00 Originalausgabe: *The Great Escape. Health, Wealth and the Origins of Inequality*, Princeton University Press, Princeton NJ 2015

Es gibt zahlreiche Bücher über Wohlstand, über Gesundheit, über Ungleichheit, wie auch über den Zusammenhang zwischen diesen sozialen Phänomenen. Es gibt aber kein Buch wie dieses, in dem die Verflechtungen zwischen Wohlstand, Gesundheit und Ungleichheit mit vergleichbarem Weitblick und derart informativ und lebendig erklärt werden. Sein Autor ist Angus Deaton, 71, Brite, Nobelpreisträger 2015, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Princeton University.

Der Titel des Buches spielt an auf einen Film, der den Ausbruch einer Gruppe britischer Soldaten aus einem deutschen Kriegsgefangenenlager während des 2. Weltkrieges schildert. Vom physischen Ausbruch aus dem Lager leitet Deaton über zum sozialen Ausbruch seines Vaters aus den ärmlichen Verhältnissen seiner Vorfahren und ihrer Umgebung. Dies führt ihn schließlich zum Thema des Buches, dem Ausbruch aus wirtschaftlicher Not, Krankheit und geringer Lebenserwartung.

Der englische Untertitel trifft den Inhalt des Buches weitaus besser als der deutsche, der sprachlich ungenau ist und dessen Bezugnahme auf Adam Smiths „Wohlstand der Nationen“ eher verlegerisch motiviert sein dürfte als einem Anliegen des Autors zu entsprechen.

Der Autor führt mit markanten Sätzen in sein Werk ein: „Das menschliche Leben ist heute besser als zu jedem früheren Zeitpunkt der Menschheitsgeschichte. Mehr Menschen denn je sind wohlhabend und weniger Menschen als je zuvor leben in bitterer Armut. Die Lebenserwartung ist gestiegen, und Eltern müssen nicht mehr hilflos mitansehen, dass im Schnitt ein Viertel ihrer Kinder stirbt. Trotzdem erleben noch immer Millionen den Schrecken bitterer Not und vorzeitigen Todes. Die Ungleichheit in der Welt ist enorm.“

Aus diesem Zitat folgend beschreibt er sein Anliegen: „Dieses Buch erzählt Geschichten darüber, wie der Wohlstand langsam zunahm, wie und warum es zu Fortschritten kam und wie sich im Anschluss daran das Wechselspiel zwischen Fortschritt und Ungleichheit gestaltete ... In diesem Buch geht es vor allem um zwei Themen: materielle Lebensstandards und Gesundheit.“

Das Buch besteht aus vier Teilen: Teil I führt in die Thematik ein. Die im Buch verwendeten Schlüsselbegriffe wie materieller Wohlstand, Einkommen, Gesundheit, Lebenserwartung,

Fortschritt und Ungleichheit werden erläutert. Eine globale Bestandsaufnahme des empirischen Wissens über diese Hauptindikatoren des Wohlbefindens gibt dem Leser eine erste strukturierte Vorstellung von den maßgeblichen Fakten. Teil II befasst sich mit Leben, Tod und Gesundheit von der Frühzeit bis heute. Deaton beschreibt wie der von zunehmender Nahrungsmittelknappheit erzwungene Übergang von der Jäger- und Sammlerwirtschaft zur Landwirtschaft vor etwa 10.000 Jahren, die Neolithische Revolution, die Gesellschaft veränderte: Die frühere Gesellschaft war infolge fehlender Möglichkeiten zur Vorratshaltung egalitär und Deaton sieht in dieser Menschheitserfahrung den Hauptgrund für unser tief verwurzelt Gerechtigkeits- und Gleichheitsempfinden. Die Sesshaftigkeit der jüngeren Gesellschaft bot die Möglichkeit der Vorratsbildung, die zusammen mit dem landwirtschaftlichen Grundbesitz erstmals große gesellschaftliche Ungleichheit entstehen ließ. Gesellschaftliche Kasten entwickelten

Der Autor erzählt die Geschichte des ökonomischen und gesundheitlichen Wohlbefindens der Menschen in den letzten 250 Jahren. Er tut dies in groben, Konturen verleihenden und Führung gebenden Strichen. Der Schreibstil ist nicht akademisch trocken, sondern unterhaltsam und lebhaft. Seine langjährige eigene Forschungstätigkeit auf dem behandelten Gebiet gibt dem Autor Autorität. Am bemerkenswertesten sind vielleicht die Abgewogenheit seines Urteils über die Ungleichheit und die Deziertheit seiner Beurteilung der Entwicklungshilfe. Rundum ein höchstem Maße empfehlenswertes Buch.

sich und gewannen Macht. Die Ernährungsgewohnheiten änderten sich. In den größer werdenden Ansiedlungen entstanden sanitäre Probleme und wuchsen sich oft genug zu Seuchen aus. Der stete Wechsel von Bevölkerungszunahme, Nahrungsmittelknappheit, Bevölkerungsabnahme, Besserung der Ernährungslage, neues Bevölkerungswachstum usw., die Malthusianische Falle also, wurde zum Kennzeichen der langen, weitgehend stationären wirtschaftlichen und gesundheitlichen Entwicklung bis hin ins 18. Jahrhundert.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts beginnt und mit dem 19. Jahrhundert beschleunigt sich dann eine beispiellose Erhöhung der Lebenserwartung. Im Laufe von nur anderthalb Jahrhunderten verdoppelt sich in England die Lebenserwartung von 40 auf 80 Jahre. Ähnliches gilt auch für die anderen Industrieländer. Deaton macht die Produktivitätsfortschritte in der Landwirtschaft, die eine dauerhafte Verbesserung der Ernährung mit sich brachte, das Entstehen eines öffentlichen Gesundheitswesens, sowie bahnbrechende medizinische Fortschritte für die der steigenden Lebenserwartung zugrunde liegende Abnahme der Kindersterblichkeit verantwortlich. Markt, Staat und Wissenschaft bewirkten den Ausbruch, gemeinsam, nicht ein Bereich alleine.

Zeitlich verzögert, insbesondere ab 1950, folgt die Mehrzahl der Entwicklungsländer diesem Muster. Die im 19. Jahrhundert entstandenen Ungleichheiten in der Lebenserwartung beginnen sich wieder zu schließen. Das in den Industrieländern generierte medizinische Wissen steht den Entwicklungsländern kostenlos zur Verfügung und verkürzt den Aufholprozess enorm. Gleichwohl bleibt im Jahr 2010 Südostasien noch 15 Jahre, Südamerika noch 10 Jahre hinter der Lebenserwartung der Nordeuropäer zurück. Subsahara-Afrika war immer schon das Schlusslicht in der Lebenserwartung und ist durch die HIV-Epidemie noch weiter zurückgeworfen worden. China ist ein Beispiel für politisch herbeigeführte Verzögerungen des Ausbruchs: Ende der 50er Jahre führte Maos Zwangskollektivierung der Landwirtschaft zu einer Hungersnot mit mehr als 40 Mio. Toten, ab den 80er Jahren bleibt die Reduktion der Säuglingssterblichkeit Chinas hinter der Indiens zurück, obgleich das Wirtschaftswachstum in China deutlich höher liegt, ein Hinweis darauf, dass es nicht notwendig wirtschaftliche Faktoren sind, die die Lebenserwartung determinieren. Diesen Sachverhalt belegt auch eine eindrucksvolle Graphik, die zeigt, dass es von 1950 bis 2010 keinen Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum und der Säuglingssterblichkeit gibt. Also liegt die nach wie vor hohe Sterblichkeit in zahlreichen Entwicklungsländern nicht an ihrem niedrigen Volkseinkommen. Woran sonst? Deaton legt dar, dass ein Mangel an politischer Verantwortung, Staatsversagen also, die Hauptursache dieses Skandals ist.

In der modernen Welt hält die Verlängerung der Lebenserwartung an, aber sie verlangsamt sich. Nachdem die Kindersterblichkeit, zumindest in den Industrieländern, bereits sehr niedrig ist, wird der medizinische Fortschritt wie auch das individuelle Verhalten in Richtung auf eine Verringerung der Alterssterblichkeit gerichtet. Statt den Infektionskrankheiten gilt den chronischen Erkrankungen, insbesondere Herzerkrankungen, Schlaganfall und Krebs das medizinische Interesse. Nicht minder wichtig für das Wohlbefinden als die die Lebenserwartung verlängernden sind die die Lebensqualität steigernden medizinischen Innovationen wie etwa Hüftgelenkserneuerungen.

Die Globalisierung verknüpft die Gesundheit in den Ländern des Nordens mit denen des Südens. Pest und Cholera sind über den Handel nach Europa gekommen und moderne Krankheitserreger überwinden die Grenzen über den Tourismus. Umgekehrt stehen Impfstoffe, Medikamente und Erkenntnisse über Ursachen und Bekämpfungsmöglichkeiten von Krankheiten weltweit zur Verfügung. Ein sehr illustratives Diagramm zeigt, wie die globale Streuung der Lebenserwartung zwischen 1950 und 2000 deutlich zurückgegangen ist. Der Anstieg der internationalen Ungleichheit in der Gesundheit, der vor 250 Jahren begann, beginnt sich langsam zurückzubilden.

Teil III wendet sich dem materiellen Wohlstand zu. Auch hier beginnt der Autor mit dem Studium eines Hocheinkommenslandes, hier den USA. Es eignet sich hervorragend zum Beleg der These, dass der Wohlstand wächst, aber nicht alle davon profitieren. Zudem ist hier die Datenbasis breit und verlässlich.

Anschließend widmet er sein Interesse den internationalen Vergleichen und der Globalisierung.

Das reale Bruttoinlandsprodukt, der breiteste Indikator des wirtschaftlichen Wohlstands, hat sich in den USA in den letzten 80 Jahren verfünffacht. Das entspricht einer jährlichen Wachstumsrate von 2 %.

Der Anteil der Armen, gemessen an der staatlichen Armutsquote, liegt seit 40 Jahren, kaum verändert, bei ca. 13 %. Also haben die Armen, ca. 45 Millionen Amerikaner, von der Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens um 60 % in dieser Zeit nichts abbekommen. Deaton evaluiert sorgfältig die vorgebrachten Gründe gegen den verwendeten Armutsmaßstab und kommt zu dem Ergebnis, dass bei einem korrekteren Maßstab die Armutsquote eher höher als niedriger läge.

Die Einkommensverteilungsmaße bestätigen dieses Bild. Der Gini-Koeffizient ist seit den 70er Jahren deutlich angestiegen. Das reale Familien-Durchschnittseinkommen des untersten Quintils lag 2010 7 %, das des obersten Quintils 87 % höher als 1965. Dabei verdeckt der geringe Anstieg im untersten Quintil, dass die Reallöhne sogar gesunken sind und nur durch die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen das hier betrachtete Familieneinkommen steigt, weil jetzt mehr als ein Erwerbseinkommen in das Familieneinkommen einfließt. Als eine der Ursachen für die Öffnung der Lohnschere nennt Deaton den technischen Fortschritt, der die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften steigen, die nach gering qualifizierten Arbeitskräften sinken lässt. Der Fortschritt begünstigt viele aber eben nicht alle. Die Öffnung der Schere bei den Familieneinkommen resultiert auch daraus, dass mit der wachsenden Berufstätigkeit der Frauen und dem schichtenspezifischen Heiratsverhalten nunmehr oft zwei Spitzenverdiener zum Familieneinkommen beitragen.

Zusätzlich zu den genannten Quintilzahlen, die aus Haushaltsbefragungen gewonnen wurden, präsentiert Deaton auch Daten aus der Steuerstatistik, die insbesondere im obersten Segment der Einkommensverteilung verlässlicher sind als die Befragungszahlen.

Wie bei Piketty (vgl. die Besprechung von „Das Kapital im 21. Jahrhundert, fbj 2015, Heft 1 Seite 6-8) zeigt sich auch hier der u-förmige Verlauf des Einkommensanteils der obersten 1 %, und 0,1 % von 1913 bis 2010 mit den Peaks 1929 und 2008 und dem Tief 1980. Demgegenüber ist der Anteil der unteren 90 % faktisch konstant geblieben. Der exorbitante Anstieg der Ungleichheit 1980–2010 zeigt sich in diesem Vergleich besonders deutlich. Deaton liefert auch den bemerkenswerten Hinweis, dass die Struktur der Spitzeneinkommen sich in den betrachteten 90 Jahren gewandelt hat: Der Anteil der Zinseinkommen ist gesunken, der Anteil der Erwerbseinkommen gestiegen und der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit etwa konstant geblieben: Internet-Innovatoren wie Bill Gates und Steve Jobs, Sportler, Künstler, Spitzenmanager, Investmentbanker und Hedgefondsmanager haben die „Couponschneider“ abgelöst. Die Dominanz der englischen Sprache auf den globalisierten Märkten hat wohl ebenfalls zu der Explosion der US-amerikanischen Managergehälter beigetragen.

Ist das alles relevant? Warum sollte man, wenn Chancengleichheit besteht, Ergebnisungleichheit monieren? Das ist eine berechtigte Frage. Aber: Besteht denn Chancengleichheit? Deaton überprüft diese Frage anhand einer Korrelation zwischen den Einkommen von Vätern und Söhnen. In einer Chancengleichheits-Gesellschaft sollte der Korrelationskoeffizient bei 0, in einer Kasten-Gesellschaft bei 1 liegen. In den USA liegt er bei 0,5. Das ist der höchste Wert unter allen OECD-Ländern.

Und selbst wenn Chancengleichheit bestünde: Wenn Bankmanagern oder Hedgefondsmanagern Spitzengehälter gezahlt werden, weil im Verlustfall dem Steuerzahler das Verlustrisiko aufbürdet wird, liegt nicht Marktwirtschaft vor, sondern staatliches Regulierungsversagen.

In technischem Fortschritt, Wachstum und temporärer Ungleichheit als Stimulus und daran sich anschließenden Aufholprozessen sieht Deaton die Sonnenseite der wirtschaftlichen Entwicklung, im Verhindern, Abwürgen und der Zunichtemachung der Aufholprozesse deren Schattenseite. Die Verantwortung für die Schattenseite sieht er bei korrupten Regimes, politischen, religiösen, ethnischen Unterdrückern, dem Fehlen demokratischer Verhältnisse, und einer Politik hoher Militärlasten und niedriger Bildung.

Die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg ist nach Deaton die Zeit des größten Ausbruchs überhaupt. Dank des Wirtschaftswachstums sind hunderte Millionen Menschen der Armut entronnen. Dank der gesunkenen Kindersterblichkeit ist die Bevölkerung in dieser Zeit von 2,5 auf 7,5 Milliarden Menschen gestiegen. Trotz dieses enormen Bevölkerungswachstums und globaler Ressourcenknappheit ist es, vor allem durch die Globalisierung, gelungen, das globale Pro-Kopf-Einkommen zu erhöhen. Dabei gab es, wie immer, Länder, die aufgestiegen und solche, die zurückgefallen sind. Im Hinblick auf die Ungleichheit zeigt Deaton, dass sie im mittleren Bereich der Verteilung, der 50 % der Länder umfasst, annähernd konstant geblieben ist, sich am Rand der Verteilung, also im Vergleich der höchsten und niedrigsten Einkommen die Schere geöffnet hat. Zwischen den Industrieländern, also einer Gruppe mit hohem Einkommen, ist die Ungleichheit kleiner geworden, hier hat eine Konvergenz der PKE stattgefunden.

Von besonderer Bedeutung für die globale Wohlstandsentwicklung war, dass zu den Ländern, die aufgestiegen sind, die beiden bevölkerungsreichsten Länder der Welt, China und Indien gehörten. Durch ihr exzeptionelles Wachstum, exportgetrieben in China, globalisierungsgestützt in Indien, konnte die individuelle globale Ungleichheit und Armut dramatisch verringert werden. Bei der Frage, warum die ärmsten Länder, anders als alle anderen, nicht von der Globalisierung profitiert haben kommt er, bei aller Unterschiedlichkeit der Länder, wieder auf den Mangel an funktionsfähigen Institutionen, den Mangel an Bildung und die Willkür politischer Machtausübung zurück.

Die beeindruckende Verringerung der Armut in der Nachkriegszeit wirft die Frage auf, wie Armut denn gemessen wird. Die für internationale Vergleiche typischerweise herangezogene Zahl ist eine von der Weltbank ermittelte durchschnittliche Armutsgrenze für einige der ärmsten Länder der Welt. Von

Die Hypertonie-Fibel



Edouard Battégay
Benedict Martina
Dörthe Schmidt
Barbara Eike
(Hrsg.)

**Hypertonie –
Essenz und
Evidenz**

2., vollständig überarbeitete Auflage

 hogrefe

Edouard Battégay et al. (Hrsg.)

Hypertonie – Essenz und Evidenz

2., vollst. überarb. Aufl. 2017.

160 S., 18 Abb., 32 Tab., Kt

€ 29,95 / CHF 39,90

ISBN 978-3-456-85498-4

Auch als eBook erhältlich

Hypertonie ist nicht nur eine der häufigsten Patientenbeschwerden, sondern oft auch mit zahlreichen Komorbiditäten, Multimorbiditäten und schwerwiegenden Folgeerkrankungen verbunden. Ein sicherer und routinierter Umgang mit allen Diagnose- und Therapieoptionen ist daher unerlässlich. Dieses Buch bietet nach international neuestem Wissensstand wertvolle, erfahrungsbasierte Empfehlungen für die tägliche Praxis.

Aus dem Inhalt:

- Hypertonie früh erkennen und sofort richtig einschätzen
- Arterielle Hypertonie – was ist entscheidend für die Diagnose und Therapie?
- Wie unterscheiden sich die verschiedenen Hypertonieformen?

www.hogrefe.com

 hogrefe

einem Einkommen, das bei dieser Grenze liegt, soll sich eine Familie ernähren können. Der derzeitige Wert liegt bei 1,25 \$ pro Person und Tag und konstanter, paritätstheoretisch ermittelter Kaufkraft, also 1460 \$ für eine 4-köpfige Familie pro Jahr. Nach diesem Maßstab sank die Zahl der Armen in der Welt von 1981–2008 um 700 Millionen, obwohl die Bevölkerung um fast 2 Milliarden stieg. Der Anteil der Armen an der Weltbevölkerung verringerte sich so von 42 % auf 14 %. Von den 700 Millionen entfielen 630 Millionen auf China. Die Kehrseite der Medaille liefert Subsahara-Afrika, wo die Zahl der Armen um 130 Millionen anstieg. Außerhalb Chinas und Subsahara-Afrikas nahm folglich die Zahl der Armen um 200 Millionen ab, darunter um 50 Millionen in Indien.

Als ausgewiesener Statistiker verweist Deaton tiefgründig auf die Unzulänglichkeiten der Datengewinnung. So wird eine zufällig ausgewählte Stichprobe von Haushalten über ihre Einkommen und Ausgaben befragt. Nach Hochrechnung über alle Haushalte hin müssten die aufaddierten Zahlen mit dem Volkseinkommen und den gesamtwirtschaftlichen Konsumausgaben – zumindest annähernd – übereinstimmen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die erhobenen Haushaltsdaten liegen weit unter den gesamtwirtschaftlichen Daten und die Lücke schließt sich nicht, sondern öffnet sich immer weiter. Ferner liegt in vielen Ländern die Masse der Einkommen und Ausgaben nur wenig über der Armutsgrenze, sodass schon leichte Verschiebungen der Armutsgrenze sehr großen Einfluss auf die gemessene Armut haben. Und schließlich: Wenn die Armutsgrenze von 1,25 \$ nach Kaufkraftparitäten berechnet ist: Wieso kann man dann von diesem Betrag in Indien leben, in den USA nicht.

Diese Hinweise belegen fundiert die Skepsis eines Wissenschaftlers gegenüber dem von ihm selbst verwendeten Datenmaterial. Umso überzeugender fällt daher das Gesamtbild aus, das er in so kräftigen Konturen zeichnet.

Im Hinblick auf die Ungleichheit äußert sich Deaton wie folgt: Die Ungleichheit innerhalb der Länder (Ungleichheit I) ist gestiegen, die Ungleichheit zwischen den Ländern (Ungleichheit II), gemessen an ihrem Durchschnittseinkommen, ist je nach Maßstab konstant geblieben oder leicht gestiegen, die Ungleichheit zwischen Haushalten weltweit (Ungleichheit III), kosmopolitische Ungleichheit wie Deaton sie nennt, ist dank China und Indien gesunken.

Sollte uns all das kümmern?

Bzgl. der Ungleichheit I meint Deaton: ja. Denn in der Demokratie ist ein Mindestmaß an sozialer Kohäsion erforderlich. Die Regierung verteilt durch ihre Steuer- und Ausgabenpolitik Einkommen um. Deshalb sind Verteilungsfragen Gegenstand der politischen Auseinandersetzung. Diese Auseinandersetzung bedarf der Faktenkenntnis.

In der Ungleichheit II sieht er kein sinnvolles Maß. Länder mit einer Bevölkerung von 1 Million und 1 Milliarde anhand ihres PKE zu vergleichen und in eine bevölkerungsunabhängige Rangskala zu bringen, bringt nur wenige Erkenntnisse.

Ein Studium der Ungleichheit III hält er für interessant, aber wegen des Fehlens einer Weltregierung oder einer globalen, zur Umverteilung demokratisch legitimierten Institution für wenig zielführend.

Teil IV handelt vom Helfen. Fast eine Milliarde Menschen haben am „Großen Ausbruch“ nicht teilgehabt. Während der Rest der Welt von den Segnungen der technischen, wissenschaftlichen und medizinischen Neuerungen profitierte, lebt sie nach wie vor in Elend.

Kann man dagegen etwas tun und wenn ja, was? Deaton sagt ja zu dieser Frage, geht aber mit dem, was konkret dagegen getan wird, kritisch ins Gericht. Die seit dem Zweiten Weltkrieg von den reichen Ländern praktizierte „Entwicklungshilfe“ hält er für verfehlt und plädiert für ihre Einstellung. Seine Begründungen sind bedenkenswert.

Am Geld scheitert Entwicklungshilfe nicht: Den 800 Millionen Menschen, die derzeit unter der Armutsgrenze liegen, fehlen 0,28 \$ pro Tag, um die Armutsgrenze zu erreichen. Das sind 220 Millionen \$ pro Tag oder 80 Mrd. \$ p.a. Das BIP der USA betrug 2015 18.000 Mrd. \$. Würden die USA ihre Entwicklungshilfe um 0,45 % erhöhen, wäre der Betrag aufgebracht und die Armut rechnerisch beseitigt. Würde die EU sich beteiligen, würde sich der Betrag halbieren und der Prozentsatz läge immer noch unter den 0,7 %, zu denen sich die Industrieländer vor vielen Jahren verpflichtet hatten. Gleichwohl: Niemand glaubt, dass die Armut dann verschwunden wäre. Aber würde es wenigstens die Lage der Armen verbessern?

Deaton sagt: Nein, im Gegenteil. Er verweist auf das Argument von Lord Bauer aus den 70er Jahren: Wenn mit Ausnahme von Kapitalverfügbarkeit alle anderen Bedingungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung gegeben sind, wird das Kapital in eigenem Interesse kommen und finanzielle Hilfe wird nicht benötigt. Wenn die Bedingungen nicht gegeben sind, wird kommendes Kapital unproduktiv bleiben und nicht nur nichts nutzen, sondern durch die Perpetuierung der wachstumsfeindlichen Bedingungen sogar schaden. Das ist das Dilemma der Entwicklungspolitik.

Ein weiteres Problem ist, dass sich die Hilfe mehr an den innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Interessen der Geberländer orientiert als an den Armen in den Nehmerländern. Falls die Mittel tatsächlich den Armen im Empfängerland zugeführt werden, wird u.U. der dafür eigentlich vorgesehene Betrag im Staatshaushalt für sinnlose Prestigeprojekte ausgegeben, sodass tatsächlich diese mit dem Auslandsgeld finanziert werden. Die Geldgeber unterstützen lieber Staaten als Individuen und geben damit die zielgerichtete Verwendung der Gelder aus der Hand. Da sie lieber viele Staaten unterstützen als wenige, geben sie den Kleinen relativ mehr, obwohl die Masse der Armen in den großen Ländern lebt. Das hat zur Folge, dass die Hälfte der Armen nur ein Vierzigstel der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe erhält. Ferner: Ein großer Teil der Hilfe fließt nicht in die einkommensschwachen sondern in die – außenpolitisch wichtigen – einkommensstarken Länder. Schließlich haben auch die vielen in der Entwicklungspolitik tätigen nationalen und internationalen Organisationen ein Eigeninteresse an Fortdauer und Wachstum der Entwicklungshilfe.

Deaton macht auch auf einen wichtigen politischen Nachteil der Entwicklungshilfe aufmerksam: Eine Regierung hat die Aufgabe, die öffentlichen Güter wie Landesverteidigung, innere Sicherheit, Justizwesen und Bildungseinrichtungen be-

reit zu stellen. Zu deren Finanzierung muss sie Steuern erheben. In der Demokratie bewerten die Bürger die mit ihrem Steueraufkommen finanzierten öffentlichen Leistungen und zwingen so die Regierung, ihren Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Diese Bindung der Regierung an die Interessen der eigenen Bevölkerung wird durch die Entwicklungshilfe aufgelöst. Die Regierungspolitik verselbständigt sich, die demokratische Fundierung geht verloren und die wirtschaftliche Entwicklung geht an den Interessen der Bevölkerung vorbei. Stark steigende Rohstoffpreise sind ein ähnlicher Entkopplungsmechanismus von Staatsausgaben und Besteuerungsdruck und haben in den oft von Rohstoffexporten abhängigen armen Ländern ähnlich negative Konsequenzen gezeigt wie die Entwicklungshilfe.

Was schlägt Deaton vor? Er sagt: „Wir müssen es zulassen, dass die armen Länder sich selbst helfen. Wir müssen aufhören, Dinge zu tun, die sie behindern“ (S. 396). Viele Länder haben in den letzten 60 Jahren gezeigt, dass man aus der Armut ausbrechen kann. Sie sollen als Vorbild für die noch armen Länder dienen. Hilfe von außen hilft nicht viel. „Egal wie viel man ausgibt, man kann andere Länder nicht von außen mit einer Einkaufsliste für den nächstgelegenen Baumarkt entwickeln“ (S. 399).

Hilfreich wäre es jedoch, wenn Finanzhilfen an Pharmaunternehmen diesen den Anreiz gäben, Medikamente auch für Arme in Ländern mit niedrigem Einkommen zu entwickeln und bereit zu stellen. Hilfreich wäre auch, wenn Weltbank und Entwicklungsorganisationen beraten würden statt Kredite zu vergeben. Das in ihnen vorhandene Know-how ist ein knappes Gut. Das Öffnen von Märkten für Produkte der armen Länder, insbesondere im Agrarbereich wäre wichtig. Ebenso, wenn nicht noch mehr, die Bereitschaft der Industrieländer mehr Immigranten aus armen Ländern zuzulassen, deren Heimatüberweisungen direkt bei den armen Familien ankommen und Not lindern können. Zeitlich begrenzte studentische Immigration zum Zwecke von Studium und beruflichem Qualifikationserwerb wären ebenfalls hilfreich. Bei all diesen Hilfen fließt kein Geld, sodass die damit verbundenen Probleme vermieden werden können.

Mit einem Epilog schließt das Buch ab. Der Autor nennt einige Gefahren, die der Menschheit drohen wie der Klimawandel, Kriege, fundamentalistische Bedrohungen, neue Infektionskrankheiten, Antibiotikaresistenzen, wachsende Ungleichheiten und die damit einhergehenden Demokratiegefährdungen sowie die nachlassende Dynamik der Rent-Seeking Societies. Gleichwohl bleibt er optimistisch. Das Streben nach Wohlstandssteigerung hält an, insbesondere in den Gesellschaften mit Nachholbedarf. Sie können auf den Erfahrungen derer, die Ausbruch geschafft haben, aufbauen. Der technische und der medizinische Fortschritt werden anhalten. Der Bildungsgrad der Bevölkerungen ist so hoch wie noch nie und für die gesellschaftlichen und politischen Partizipationsmöglichkeiten gilt das gleiche.

Es ist dies ein beeindruckendes Buch. Der Autor erzählt die Geschichte des ökonomischen und gesundheitlichen Wohlbefindens der Menschen in den letzten 250 Jahren. Er tut dies in groben, Konturen verleihenden und Führung gebenden



Lebenserfolg! Vision & Organisation

Rolf-Ulrich Kramer

„Jeder ist seines Glückes eigener Schmied“, heißt ein altes Sprichwort. Leider wird das Schmieden des eigenen Lebensglückes an keiner Schule gelehrt.

Viele Menschen stehen hilflos vor den entscheidenden Fragen ihres Lebens: Was soll ich machen? Wieso ist mir meine Karriere, wieso mein Leben entgleist? Soll ich kommunizieren oder lieber schweigen? „Lebenserfolg! Vision & Organisation“ ist ein für jeden einsetzbarer Leitfaden, der ziel-sichere Entscheidungen treffen lässt.

ISBN 978-3-933874-43-6
352 Seiten · € 14,50
Verlag Peter Jentschura
Telefon +49(0)2534-97335-0
Leseproben:
www.verlag-jentschura.de



Strichen. Der Schreibstil ist nicht akademisch trocken, sondern unterhaltsam und lebhaft. Seine langjährige eigene Forschungstätigkeit auf dem behandelten Gebiet gibt dem Autor Autorität.

Am bemerkenswertesten sind vielleicht die Abgewogenheit seines Urteils über die Ungleichheit und die Dezidiertheit seiner Beurteilung der Entwicklungshilfe.

Rundum ein höchstem Maße empfehlenswertes Buch.

Marc Bungenberg/Christoph Herrmann (Hrsg.):
Die gemeinsame Handelspolitik der Europäischen Union.
Fünf Jahre nach Lissabon – Quo Vadis? Schriftenreihe
des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Bd.193.
 Nomos-Verlag 2016, 253 Seiten, Broschiert,
 ISBN 978-3-8487-3210-4. € 49,00

Die Gemeinsame Handelspolitik (GHP) der Europäischen Union (EU) ist im letzten Jahr mit den hitzigen Debatten um die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) und das Comprehensive Economic and Trade Agreement Trade (CETA) ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Zudem steht mit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten die Handelspolitik der USA im Allgemeinen und gegenüber der EU im Besonderen möglicherweise vor einer Zeitenwende. Und schließlich wirft der Brexit die Frage auf, welche Handelspolitik die EU zukünftig gegenüber einem früheren Mitgliedsland betreiben soll. Diese aktuellen Herausforderungen treffen die EU zu einem Zeitpunkt, in dem die weitreichenden Veränderungen, die der Lissabon-

Vertrag 2009 für die Handelspolitik der Mitgliedstaaten der EU gebracht hat, in Wissenschaft und Politik noch gar nicht hinreichend ausgelotet sind. Der Vertrag überträgt in erheblichem Umfang bisher nationalstaatliche Kompetenzen der Handelspolitik auf die Gemeinschaft und stärkt so in einer Zeit verbreiteter EU-Institutionen-Skepsis den Einfluss der EU-Kommission beträchtlich.

Gründe genug also, sich mit dem Thema GHP der EU zu beschäftigen.

Die Herausgeber der anzuzeigenden Schrift, Prof. Dr. Bungenberg (Saarbrücken) und Prof. Dr. Herrmann (Passau), sind Europarechtler. Sie versammeln im vorliegenden Band die acht Referate einer 2015 abgehaltenen wissenschaftlichen Tagung zum Stand der Entwicklung der GHP fünf Jahre nach Lissabon. Die Themen umfassen schwergewichtig die Probleme der Gemischten Abkommen, der demokratischen Kontrolle, der Investorenschutzregeln.

Cottier (Bern) diskutiert die Gemischten Abkommen. Diese Abkommen sind Folge der Tatsache, dass nur ein Teil ihrer Regelungsbereiche in die Kompetenz der EU, der andere Teil in

die Kompetenz der Mitgliedstaaten (MS) fällt. Folglich müssen neben dem Europäischen Parlament (EP) auch die nationalen Parlamente, in Deutschland Bundestag und Bundesrat, den Vertrag ratifizieren. Dies birgt erhebliche Risiken sowohl für die Kommission, die die Verhandlungen für die EU führt, als auch für die Handelspartner. Dies hat man zuletzt beim CETA-Abkommen gesehen, als die belgische Region Wallonien das Abkommen erst nach erheblichen Zugeständnissen an die Region zu ratifizieren bereit war. Die Kommission neigt daher dazu, ausschließlich eigene Kompetenz für Handelsabkommen zu reklamieren. Dies bringt sie allerdings in Konflikt mit der Akzeptanz dieser Abkommen in den MS.

Die Gemischten Abkommen sind im Grunde ein Fremdkörper der EU-Handelspolitik. Diese war von Anfang an als eine Gemeinsame Handelspolitik konzipiert. Sie beschränkte sich allerdings mit Gründung der EWG 1957 auf den Regulierungsbereich des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) 1948, nämlich den Warenhandel. Mit der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1995 traten zu den Waren die Dienstleistungen sowie die Geistigen Eigentumsrechte als handelspolitische Gegenstände hinzu. Dafür hatte die EU aber noch kein handelspolitisches Mandat, obgleich ihre eigene Fortentwicklung von einer Zollunion zu einem Gemeinsamen

Markt für Waren, Dienstleistungen, Arbeit und Kapital dies nahegelegt hätte. Und so entstand die Notwendigkeit, zumindest vorübergehend, Gemischte Abkommen zu schließen.

In dieser Situation brachte der Vertrag von Lissabon 2009 eine Revitalisierung der Idee einer GHP. Er sieht in Art. 207 des Vertrages über die Arbeitswei-

Die aktuellen Herausforderungen treffen die EU zu einem Zeitpunkt, in dem die weitreichenden Veränderungen, die der Lissabon-Vertrag 2009 für die Handelspolitik der Mitgliedstaaten der EU gebracht hat, in Wissenschaft und Politik noch gar nicht hinreichend ausgelotet sind.

se der Europäischen Union (AEUV) vor, dass die Zuständigkeit für Handelsabkommen grundsätzlich bei den Organen der EU liegt. Der Rat entscheidet über die Abkommen, im Allgemeinen mit qualifizierter Mehrheit. Im Bereich der Dienstleistungen, des Geistigen Eigentums sowie der ausländischen Direktinvestitionen (ADI) ist allerdings Einstimmigkeit der Ratsentscheidungen gefordert, insbesondere in sensiblen Bereichen des Handels mit kulturellen und audiovisuellen Dienstleistungen sowie des Handels mit Dienstleistungen des Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssektors. Das Einstimmigkeitserfordernis der Ratsentscheidungen ersetzt insoweit die frühere Mitentscheidungskompetenz der nationalen Parlamente. Das BVerfG hat dahingehende Verfassungsbeschwerden in einem Grundsatzurteil 2009 zurückgewiesen.

Die Diskussion um TTIP und CETA hat exemplarisch gezeigt, dass die mit der Übertragung von Kompetenzen auf EU-Institutionen verbundene Entmachtung der nationalen Parlamente auf Widerstand stößt. Umweltaktivisten, Anhänger kleinteiliger Landwirtschaft, Globalisierungsgegner und Europakritiker haben so viel gesellschaftliche Ablehnung der